

Darüber hinaus versäumt es Röhrich, zu einem tieferen Verständnis darüber zu gelangen, inwiefern Geschichte (oder Kultur?) heute von den herrschenden Eliten zu deren Machterhaltung instrumentalisiert werden. Gerade China würde sich für eine Analyse anbieten, denn die chinesische kommunistische Partei hat in den letzten Jahren ihre Bemühungen intensiviert, durch eine Instrumentalisierung der Geschichtsschreibung ihre Macht zu sichern. Der massive Ausbau der Konfuzius-Institute und staatlich geförderter Monumentalfilme wie „Confucius“ und „Red Cliff“ sind nur Beispiele der Oktroyierung eines Geschichtsbildes mit dem Ziel, öffentliche und akademische Debatten zu monopolisieren. Letztlich wirft Röhrichs Titelauswahl auch eine Frage auf, deren Beantwortung gerade im Interesse postkolonialer Ansätze sein müsste. Wenn Kultur als Container aufgefasst und als Synonym mit einem Nationalstaat gebraucht wird, wie dies Röhrich tut, dann irritiert die Betonung ihrer Rückkehr. Haben die Staaten Europas und die USA, die bis vor wenigen Jahren weltpolitisch den größten Einfluss ausgeübt haben und dies zum Teil noch tun, keine Kultur im Sinne Röhrichs? In anderen Worten, ist der Aufstieg Russlands, Chinas und Indiens nur positiv zu bewerten, und weisen deren außenpolitische Machtbestrebungen eine höhere Legitimation auf als diejenige, die zuvor bei den „westlichen“ Staaten zu verzeichnen war? Es geht hier nicht darum, das koloniale Erbe Europas zu relativieren. Keine Frage, auch die deutsche Politikwissenschaft tut gut daran, dieses Erbe weiter aufzuarbeiten. Gleichzeitig sollte, bei allem Verständnis, eine kritische Analyse, die sich nicht in Dichotomien von Gut und Bö-

se ergeht, Ziel jeglicher politikwissenschaftlichen Betätigung mit diesen Staaten sein. Auch auf Grund der Kürze kann Röhrichs Buch dies nicht leisten.

Felix Rösch

Van Parijs, Philippe. *Linguistic Justice for Europe and for the World*. Oxford, New York. Oxford University Press 2011. 320 Seiten. £ 27,50/35,99 €.

Van Parijs wendet sich mit *Linguistic Justice* einem Thema zu, das bisher größtenteils im Zusammenhang mit Theorien des Multikulturalismus behandelt wurde. Er erhebt den Anspruch, eine umfassende Theorie europäischer und globaler linguistischer Gerechtigkeit zu formulieren, die auf der normativen Prämisse beruht, dass „justice today must be conceived as global egalitarian justice“ (37).

*Linguistic Justice* ist in sechs Kapitel, eine kurze Einleitung und Konklusion gegliedert. Im 1. Kapitel wird die empirisch-analytische Grundlage für die nachfolgende normative Untersuchung gelegt: Auf der Basis von Daten über die Verbreitung von (Fremd-) Sprachkompetenzen und Modellierungen sozialer Mechanismen, wie der Entscheidung für das Lernen einer Fremdsprache oder die Wahl einer Sprache zwischen multilingualen Sprechern, prognostiziert der Autor, dass sich die Kompetenz in Englisch weiter ausbreiten wird und sich so eine europäische und globale *Lingua franca* entwickeln könne. Eine *Lingua franca* sei „any language widely used for communication between people with different mother tongues, whether or not it enjoys an exclusive or privileged official status“ (9). Van Parijs begrüßt diese Entwicklung und plädiert für ihre Förderung,

unter anderem weil er annimmt, dass dies effektive transnationale Kommunikation und Deliberation in einem gemeinsamen *Demos* ermögliche.

Der Autor geht allerdings davon aus, dass die Entstehung einer *Lingua franca* – beziehungsweise die Dominanz einer Sprache in einem multilingualen Kontext – ungerechte Konsequenzen haben kann, die er in Kapitel 2 bis 4 diskutiert: faire transnationale Kooperation (2.), faire Chancengleichheit (3.) und „parity of esteem“ (4.). In Kapitel 2 wird die über Staatsgrenzen hinweg geteilte Kompetenz in einer Sprache als öffentliches Gut modelliert. Da für die Muttersprachler dieser *Lingua franca* keine Kosten für die Fremdsprachenausbildung anfielen und sie sich daher an den Kosten der Bereitstellung dieses Guts nicht beteiligten, nähmen sie die Rolle von Trittbrettfahrern ein (51). Auf dieser Basis diskutiert *Van Parijs* die Möglichkeiten, die Kosten für die Erstellung des öffentlichen Guts zwischen linguistischen Gemeinschaften fairer zu verteilen, und macht beispielsweise den radikalen Vorschlag, in der EU eine linguistische Steuer von englischsprachigen Staaten zu erheben (75).

Im Zusammenhang mit dem Aspekt der fairen Chancengleichheit geht *Van Parijs* davon aus, dass der Staat weder neutral in Bezug auf Sprachen agieren kann, noch dass er es sollte: Erstens seien sie das wichtigste Mittel menschlicher Kommunikation und jeder kommunikative Akt – auch von staatlicher Seite – müsse sich für eine, oder wenige, Sprache(n) entscheiden (91). Zweitens seien Sprachkompetenzen ökonomisch relevante Fähigkeiten und Muttersprachler der dominanten Sprache bei der Besetzung von attraktiven Stellen tendenziell im Vorteil. *Van Parijs*

diskutiert daher Maßnahmen, die die Kompetenz in der *Lingua franca* erhöhen sollen.

Im nur sechzehn Seiten starken 4. Kapitel argumentiert *Van Parijs*, dass linguistischen Gemeinschaften gleicher Respekt („parity of esteem“) entgegengebracht werden müsse: „In a just society, people must not be stigmatized, despised, disparaged, humiliated by virtue of their collective identity“ (119). Durch die asymmetrische Nutzung von Sprachen in multilingualen Kontexten sei die Gleichheit des Respekts gefährdet. Eine institutionelle Lösung dieses Problems sei die symbolische Gleichstellung der Sprachen. Dies wäre allerdings aus praktischen Gründen nur bei sehr wenigen Sprachen gleichzeitig zu verwirklichen und führe sonst, wie im Falle der EU, zu ineffizienten Ergebnissen (120ff.).

Im 5. Kapitel wird daher eine alternative institutionelle Strategie auf der Grundlage von gleichem Respekt begründet: die Implementierung eines regionalen territorialen linguistischen Zwangsregimes. Ein solches Regime erkläre eine (oder mehrere wenige) Sprache(n) zu(r) offiziellen Sprache(n) auf einem bestimmten Territorium, wodurch ihre Verwendung in zentralen Bereichen des öffentlichen Raumes gefordert wird. Die Regulierungen sollten dafür sorgen, dass die regionale Mehrheitssprache die Rolle einer regionalen *Lingua franca* einnimmt und nicht von der dominanten Sprache zurückgedrängt wird (149).

Im abschließenden Kapitel (6.) schließlich verteidigt *Van Parijs* die These, dass linguistischer Vielfalt und dem Überleben einer linguistischen Gemeinschaft kein unabhängiger Wert zukomme, Sprachen und Sprachgemeinschaft-

ten aber von erheblichem Wert für ihre Sprecher sein können.

*Linguistic Justice* lässt sich folglich als Plädoyer für eine *Lingua franca*, bei gleichzeitigem territorialem Schutz regionaler Sprachen, lesen (4). Van Parijs argumentiert überzeugend für die Vorteile einer gemeinsamen (europäischen) Sprache, geht allerdings nicht hinreichend auf die negativen Effekte während einer voraussichtlich langwierigen Übergangsphase ein, in der Großteile der Bevölkerung diese Sprache nicht oder nur rudimentär beherrschen. Diskutiert werden muss beispielsweise, inwiefern die starke Nutzung der englischen Sprache in bestimmten Milieus die Gefahr birgt, dass einem Großteil der Bevölkerung der Zugang zur politischen Diskussion erschwert wird.

Auch unabhängig von der Leitidee kann der gehaltvollen Argumentation in *Linguistic Justice* allerdings einiges abgewonnen werden. Die einfachen Modellierungen sozialer Mechanismen der Sprachverbreitung und -nutzung bilden brauchbare Analysewerkzeuge, und die normativen Argumentationen zu hieraus resultierenden Fragen fairer Kooperation und Chancengleichheit sind umfassend und überzeugend.

Die Diskussion von „parity of esteem“ fällt dagegen allerdings ab. *Van Parijs* betont selbst, dass diese Dimension der Gerechtigkeit von Theoretikern der Verteilungsgerechtigkeit gewöhnlich ignoriert werde (117). Dass sie dennoch einbezogen wird und dadurch auch diese Dimension linguistischer Gerechtigkeit Beachtung findet, ist positiv hervorzuheben. Leider erfolgt aber keine hinreichende Ausarbeitung der Konzeption. Das ist besonders deshalb bedauerlich, weil sie als Grundlage zur Begründung des territorialen Zwangsregimes dient.

Insgesamt erreicht *Van Parijs* mit *Linguistic Justice* sein selbstgestecktes Ziel und formuliert eine umfassende Theorie linguistischer Gerechtigkeit, die besonders durch ihre Bandbreite und Innovation beeindruckt. Eine Lektüre lohnt sich nicht nur für Leser, die an Sprachpolitik interessiert sind, sondern auch für solche, die sich mit Verteilungsgerechtigkeit oder multikultureller Politik auseinandersetzen.

Doris Unger

Volger, Helmut und Norman Weiß (Hrsg.). *Die Vereinten Nationen vor globalen Herausforderungen. Referate der Potsdamer UNO-Konferenzen 2000–2008*. Potsdam. Universitätsverlag Potsdam 2011. 411 Seiten. 19,80 €.

Im Gegensatz zur Europaforschung gleicht die deutsche Forschung über die Vereinten Nationen einem bunten Flickenteppich. Während in Deutschland nach und nach zahlreiche universitäre und außeruniversitäre Forschungszentren, Lehrstühle und Studiengänge für den europäischen Regionalbereich entstanden, gibt es bis heute keinen einzigen Lehrstuhl, geschweige denn ein Institut für die weitgefächerten, global wirkenden Vereinten Nationen. Forschung und Lehre liegen weitgehend in Händen einiger weniger Wissenschaftler – vor allem Völkerrechtler und Politologen – verstreut über das ganze Land.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass derzeit lediglich zwei aus dem Kreis der Zivilgesellschaft initiierte und getragene Einrichtungen in der UN-Forschung eine gewisse Koordinierungs- und Impulsfunktion übernehmen: zum einen der bei der Deutschen Gesellschaft für die